



Fordert erneut gesetzliche Nachbesserungen: Raphael Nguyen kämpft um die Mittelbayerische Rehaklinik.

FOTO: ROMAN HIENDLMAIER

# Hilferuf aus dem Rehazentrum

**UMSATZ** Ohne adäquate Erstattung droht den durch den Corona-Erlass ausblutenden Reha-Kliniken schnell die Insolvenz.

VON ROMAN HIENDLMAIER

**BAD KÖTZTING.** Nein, einen Corona-Fall hat Raphael Nguyen aktuell keinen im Mittelbayerischen Rehazentrum. „Wenn ich die ganzen bei uns getroffenen Vorsorge-Maßnahmen sehe, hoffe ich, dass wir auch noch lange vom Virus verschont bleiben,“ sagt der kaufmännische Direktor des Rehazentrums.

So weit die gute Nachricht vom Ludwigsberg, in der aktuellen Ausbreitungsphase des Coronavirus. Nguyens aktuell drängendstes Problem liegt im Maßnahmenpaket der bayerische Staatsregierung, um die Verbreitung des Virus zu verlangsamen.

## Einbußen nicht zu kompensieren

„Laut dieser Allgemeinverfügung haben alle Rehakliniken alle planbaren Behandlungen zurückzustellen oder zu unterbrechen, um Kapazitäten für die Versorgung von COVID-19 Patienten frei zu machen,“ erklärt Raphael Nguyen. Die Anordnung gelte auch für alle Krankenhäuser und Uni-Kliniken, so der Leiter des Rehazentrums. Weil dort nur noch Notfälle behandelt werden können: „Wir können die Umsatzeinbußen nicht auffangen.“

Die Politik stützt sich auf das Gesundheitswesen, um die Pandemie zu bewältigen – und lässt die Reha-Kliniken im Stich. Laut der Gesetzesvorlage, die am Montag im Bundeskabinett be-



Gesundheitspolitiker geben sich in Bad Kötzing die Klinke in die Hand, zuletzt sprachen MdL Dr. Gerhard Hopp (r.) und Raphael Nguyen mit dem Vorsitzenden des AK Gesundheit der CSU-Landtagsfraktion, Bernhard Seidenath (2.v.r.) und dem Vorsitzenden des Bayerischen Heilbäderverbandes und nun Staatssekretär, Klaus Holetschek (l.).

FOTO: BÜRO HOPP

## IM KRISENMODUS

**Das Rehazentrum:** Mit dem Angebot der orthopädischen, geriatrischen und neurologischen Reha deckt das Mittelbayerische Rehazentrum rund dreiviertel aller Fälle von den Kassen bezahlten Maßnahmen ab. Die Patienten stammen aus der gesamten Republik und aus dem Ausland. Gut 700 werden jährlich behandelt.

**Bedeutung:** Die 350 Reha-Kliniken in Bayern stehen für rund 24 000 Arbeitsplätze im Freistaat. Knapp 300 Millionen Euro stellt ihnen die AOK jährlich für Reha-Maßnahmen zur Verfügung.

**Wohlfahrtsverbände:** Auch sie schlagen Alarm: Von Caritas bis zum Roten Kreuz brechen den Diensten die Einnahmen weg. Wenn sie nicht in den von der Bundesregierung geplanten Rettungsschirm einbezogen werden, drohe vielen sozialen Diensten binnen Kurzem das Aus. Konkret gehe es um Kitas, Behindertenwerkstätten oder Tagespflege, die derzeit nicht oder nur sehr eingeschränkt arbeiten können. Gesetzliche Regelungen gegen Gewinnmaximierung erlauben ihnen nur, für bestimmte Zwecke Geld auf die hohe Kante zu legen, etwa für die Altersversorgung ihrer Mitarbeiter. (Quelle: archiv/dpa)

geschlossen wurde, sollen die Reha-Kliniken zwar in die Krankenhausversorgung integriert werden, erhalten dafür aber trotz weiterlaufender Kosten keine ausreichende Finanzierung. Dies sollen nun die Bundesländer klären.

„Die Reha-Kliniken, die medizinisch dazu in der Lage sind, stehen bereit, um im Ernstfall mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen“, so Raphael Nguyen. Viele Reha-Maßnahmen mussten abgebrochen werden, Neuaufnahmen wurden bzw. wer-

den massiv heruntergeschraubt. Die frei werdenden Betten bleiben also erstmal frei. So könnten in den Reha-Kliniken Patienten aus den umliegenden Krankenhäusern aufgenommen werden, damit die Krankenhäuser sich auf die Versorgung der Corona-Patienten konzentrieren können. „Doch auch wenn diese Unterstützung für uns eine Selbstverständlichkeit darstellt, ist diese mit einem großen finanziellen Aufwand gekoppelt, der nur sehr schwer zu stemmen ist. Die Zah-

lungsfähigkeit muss gerade in dieser Situation gesichert bleiben“.

Die Hoffnung, dass die Bundesregierung den Kliniken helfend beisteht, wurde mit dem heute im Bundeskabinett beschlossenen COVID-19 Krankenhausentlastungsgesetz zerschlagen“ sagt Raphael Nguyen und richtet deshalb seinen Hilferuf an den Freistaat. Für das Freihalten von Ressourcen sieht der Gesetzesentwurf keinen Ausgleich vor und die angekündigten Pauschalbeträge für die Behandlung von COVID-19-Patienten sind für alle Leistungserbringer unzureichend. Das gefährdet also nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Sicherung der Gesundheitsversorgung.

## Freistaat muss es richten

Die Rehabilitation brauche einen Rettungsschirm und setzt jetzt alle Hoffnungen auf die für morgen angekündigten Ministerratsbeschlüsse in München: „Es geht um den Rückhalt für die Reha-Kliniken und ihre Mitarbeitenden in Bayern, die ihren Teil zur Bewältigung der Pandemie leisten,“ betont der kaufmännische Direktor der Kliniken am Ludwigsberg. „Nur Bayern kann die bayerischen Rehakliniken noch retten!“

Nguyen ist dabei ein bekannter Streiter für die Branche. Erst vor wenigen Wochen tagten in Bad Kötzing bayerische Gesundheitspolitiker, auch, um seine Forderung zu unterstützen, die Vergütung für Rehabilitationsleistungen zu verbessern. „Bayern hat ein vitales Interesse an einer Stärkung der Reha. Schließlich hat jede fünfte deutsche Reha-Klinik ihren Sitz im Freistaat“, sagte MdL Klaus Holetschek als Vorsitzender des Bayerischen Heilbäderverbandes damals.

Seit Jahresanfang sitzt Holetschek als Baustaatssekretär im Bayerischen Kabinett. Wie Chams MdL Gerhard Hopp, Bernhard Seidenath (Gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion) und Gesundheitsministerin Melanie Huml macht er sich für schnelle Nachbesserungen für die Reha Kliniken stark. „Ihr Anliegen ist absolut gerechtfertigt,“ ist sich das CSU-Quartett sicher. Das letzte Wort scheint noch nicht gesprochen zu sein.